

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht .....	VII	
Abkürzungen .....	XXXV	
<b>1. Abschnitt. Geschichtliche Voraussetzungen des Grundgesetzes und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland</b>		
<b>§ 1. Historische Grundlagen und gegenwärtige Herausforderungen der verfassungsrechtlichen Ordnung</b> .....		1
I. Die verfassungsstaatliche Tradition des Grundgesetzes .....	1	
1. Die Wurzeln des modernen Verfassungsstaates im ausgehenden 18. Jahr- hundert .....	2	
2. Die Verfassungen der konstitutionellen Monarchie .....	4	
3. Die Paulskirchenverfassung von 1849 .....	4	
4. Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 .....	5	
5. Die Weimarer Verfassung von 1919 .....	6	
6. Die Zäsur der nationalsozialistischen Terror- und Gewaltherrschaft .....	6	
II. Historische Grundlagen verfassungsrechtlicher Grundentscheidungen .....	7	
1. Abgrenzung gegen Nationalsozialismus, Faschismus und Sozialismus .....	7	
2. Die Entscheidung für eine parlamentarische Demokratie und gegen eine Präsidialdemokratie .....	7	
3. Die Entscheidung für eine repräsentative Demokratie und gegen eine Referendumsdemokratie .....	8	
4. Die spezifisch deutsche Tradition des Sozialstaates .....	8	
5. Die föderalistische Tradition gegen den Einheitsstaat .....	9	
6. Das ambivalente Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat in Deutsch- land .....	9	
7. Die europäische Option und die offene Staatlichkeit .....	11	
III. Zum Wandel von Staat und Verfassung .....	12	
1. Der Staat als Gegenstand des Staatsrechts .....	12	
2. Der Staat als juristische Person .....	13	
3. Zur Unterscheidung von Staat und Gesellschaft .....	13	
4. Der Wandel der Souveränität durch Europäisierung und Globalisierung .....	14	
5. Auf dem Weg zu einer gestuften Staatlichkeit .....	15	
6. Zur europäischen Prägung des nationalen Verfassungsrechts .....	16	
<b>§ 2. Die Entwicklung von Staat und Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg</b> .....		17
I. Die unmittelbare Nachkriegszeit .....	17	
1. Die Militärregierungen .....	17	
2. Das Entstehen der Länder .....	17	

II. Das Entstehen des Grundgesetzes und der Bundesrepublik Deutschland .....	18
1. Die Frankfurter Dokumente .....	18
2. Die Beratungen des Grundgesetzes .....	18
3. Annahme des Grundgesetzes durch die Volksvertretungen .....	19
4. Ende des Besatzungsregimes .....	19
III. Die Entwicklung der politischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik .....	19
1. Die Entstehung der Verfassung der DDR .....	19
2. Herrschaftsstrukturen unter der Verfassung von 1949 .....	19
3. Herrschaftsstrukturen unter der Verfassung von 1968 .....	20
IV. Die Frage nach dem Rechtsstatus Deutschlands .....	20
1. Die Kontroverse um Untergang oder Fortbestand des Deutschen Reiches ..	20
2. Zwei gleichberechtigte deutsche Staaten? .....	21
V. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands .....	22
1. Die verfassungsrechtliche Ausgangslage .....	22
2. Die Vorbereitung des Beitrittes .....	23
3. Das Vertragswerk .....	23
4. Der Beitritt .....	24
5. Geltungserstreckung und Änderungen des Grundgesetzes .....	24
6. Verfassunggebung in den neuen Bundesländern .....	24
VI. Die Wiedergewinnung der staatlichen Souveränität .....	25

## 2. Abschnitt. Grundlagen des Staates

<b>§ 3. Das Bundesgebiet .....</b>	<b>26</b>
I. Gebietsbestand und Gebietsgrenzen .....	26
1. Die Staatsgrenzen .....	26
2. Grenzänderungen .....	27
II. Neugliederungen des Bundesgebietes .....	27
III. Rechtliche Wirkungen des Gebietes .....	28
<b>§ 4. Staatsvolk, Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft .....</b>	<b>29</b>
I. Grundlagen .....	29
1. Konstituierung des „Volkes“ durch das Staatsangehörigkeitsrecht .....	29
2. Die rechtliche Ausgestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts .....	30
II. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit .....	31
1. Die Erwerbsgründe .....	31
2. Der Verlust der Staatsangehörigkeit .....	32
3. Das Problem doppelter bzw. mehrfacher Staatsangehörigkeit .....	33
4. Die Vorgaben des Art. 16 Abs. 1 GG .....	33
III. Die Unionsbürgerschaft .....	35

<b>§ 5. Das Grundgesetz als Verfassung</b> .....	36
I. Der Begriff Verfassung .....	36
1. Das Grundgesetz als geschriebene Verfassung .....	36
2. Merkmale des Verfassungsbegriffs .....	37
3. Die Abgrenzung von Verfassungsrecht und Staatsrecht .....	39
4. Auf dem Weg zu einem internationalen Verfassungsrecht .....	39
II. Begriff und Geltung des Grundgesetzes .....	39
1. Zum Begriff Grundgesetz .....	39
2. Das Grundgesetz als Rahmen- oder Grundordnung? .....	40
III. Arten der Verfassungssätze .....	42
1. Die Unterscheidung zwischen Kompetenz- und Verfahrensnormen sowie zwischen Staatsstruktur- und Staatszielbestimmungen .....	42
2. Der Rang der Verfassungssätze .....	42
3. Die Wirkung von Verfassungsnormen .....	43
4. Die Unterscheidung von Regeln und Prinzipien .....	44
<b>§ 6. Verfassungsgebung, Verfassungsänderung und Identität des Grundgesetzes</b> .....	45
I. Verfassungsgebung .....	45
1. Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes .....	45
2. Zur Rolle der pouvoirs constitués .....	45
II. Die Inkraftsetzung des Grundgesetzes .....	46
1. Zum Legitimationsmangel des Grundgesetzes .....	46
2. Die Beitrittsklausel in Art. 23 S. 2 GG a.F. ....	47
III. Verfassungsänderung .....	47
1. Die Anforderungen von Art. 79 Abs. 1 und 2 GG .....	48
2. Die Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG .....	48
3. Überblick über wichtige Änderungen des Grundgesetzes .....	50
IV. Verfassungsgewohnheitsrecht .....	51
V. Zur Bedeutung von Art. 146 GG n.F. ....	52
<b>§ 7. Verfassungausslegung und stiller Verfassungswandel</b> .....	52
I. Verfassungausslegung und Lückenergänzung .....	52
1. Die herkömmlichen Methoden der Verfassungausslegung .....	53
2. Das Grundgesetz als offene Verfassung .....	58
3. Zur Lückenergänzung .....	62
4. Die verfassungs- sowie völkerrechts- und europarechtskonforme Auslegung .....	62
II. Stiller Wandel des Verfassungsrechts .....	63
1. Felder und Gründe eines stillen Verfassungswandels .....	64
2. Zur Legitimation eines stillen Verfassungswandels durch Verfassungsrichterrecht und Gesetzgebung .....	64

III. Verfassung und Verfassungswirklichkeit .....	65
1. Die Verfassungswirklichkeit .....	65
2. Politischer Stil und Verfassungsrecht .....	66
3. Die Wechselbeziehungen zwischen Fortentwicklung des Verfassungsrechts und sich wandelnder gesellschaftlicher Wirklichkeit .....	66
<b>§ 8. Selbstdarstellungen des Staates .....</b>	<b>67</b>
I. Staatssymbole der Bundesrepublik .....	67
II. Sonstige Selbstdarstellungen des Staates .....	69
III. Die Symbole der Europäischen Union .....	70
<b>3. Abschnitt. Die politischen Grundentscheidungen</b>	
<b>§ 9. Das Selbstverständnis des Grundgesetzes nach seiner Präambel .....</b>	<b>71</b>
<b>§ 10. Die Bundesrepublik als demokratische, parlamentarische Republik .....</b>	<b>72</b>
I. Republik .....	72
II. Demokratie .....	72
1. Responsivität und demokratische Öffentlichkeit .....	73
2. Das Volk als Bezugssubjekt demokratischer Legitimation .....	74
3. Organisatorische Ausgestaltungen der demokratischen Ordnung .....	77
III. Parlamentarismus .....	79
1. Die repräsentative Demokratie .....	79
2. Die parlamentarische Demokratie .....	81
3. Verlagerung der parlamentarischen Kontrolle der Regierung auf die Opposition .....	82
IV. Demokratie- und Parlamentarismuskritik .....	82
1. Zur Ergänzung der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes um plebiszitäre Elemente .....	83
2. Zur Entparlamentarisierung politischer Entscheidungen .....	83
<b>§ 11. Die Bundesrepublik als Parteiendemokratie .....</b>	<b>84</b>
I. Funktionen der Parteien in der parlamentarischen Demokratie .....	84
II. Die rechtliche Ordnung des Parteienwesens .....	85
1. Die Integration der politischen Parteien in das Verfassungssystem durch Art. 21 GG .....	85
2. Der Begriff der politischen Partei .....	86
3. Aufgabe der Mitwirkung an der politischen Willensbildung .....	86
4. Parteien als Institutionen des Verfassungslebens .....	87
5. Gründung und innere Ordnung .....	88
6. Die Chancengleichheit .....	89
7. Die Parteienfinanzierung .....	90
8. Die Rechenschaftspflicht .....	91
9. Verbot verfassungswidriger Parteien .....	92
III. Parteienkritik .....	93

<b>§ 12. Die Bundesrepublik als Rechtsstaat</b> .....	94
I. Entstehung und Entfaltung der Rechtsstaatsidee .....	94
1. Die historische Perspektive .....	95
2. Die Unterscheidung von formellem und materiellem Rechtsstaat .....	95
3. Das Spannungsverhältnis zwischen Rechtssicherheit und Gerechtigkeit .....	96
II. Rechtsstaat und Demokratie .....	96
1. Rechtsstaatliche Begrenzung des demokratischen Beliebens .....	96
2. Zur Reichweite verfassungsrechtlicher Bindung des Gesetzgebers .....	97
III. Rechtsstaatliche Prinzipien im einzelnen .....	97
1. Der Grundsatz der Gewaltenteilung .....	99
2. Der Vorrang der Verfassung .....	101
3. Die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung .....	101
4. Die Bindung an Gesetz und Recht .....	103
5. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz .....	107
6. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	110
7. Die Garantie des Rechtsschutzes .....	112
8. Der Justizgewährleistungsanspruch .....	115
9. Die Begründungspflicht für staatliche Entscheidungen .....	116
10. Das rechtliche Gehör .....	116
<b>§ 13. Die Staatszielbestimmungen: Die Bundesrepublik insbesondere als Sozialstaat und Umweltstaat</b> .....	117
I. Das grundgesetzliche Programm der Sozialstaatlichkeit .....	117
1. Der Sozialstaat als nationales und europäisches Rechtsprinzip .....	117
2. Sozialer Ausgleich und soziale Gerechtigkeit als Bezugspunkte des Sozialstaatsprinzips .....	118
3. Soziale Sicherheit als Bezugspunkt des Sozialstaatsprinzips .....	118
4. Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips .....	119
5. Das Sozialgesetzbuch als Kodifizierung des Sozialstaates .....	120
II. Die grundgesetzliche Verankerung des ökologischen Verfassungsstaates .....	121
1. Auf dem Weg zum ökologischen Verfassungsstaat .....	121
2. Umweltschützende Teilgewährleistungen durch Grundrechte .....	122
3. Der Gesetzgeber als Adressat des Staatszieles Umweltschutz .....	122
4. Zur Ökologiepflichtigkeit der Grundrechte .....	122
III. Weitere Staatsziele .....	123
1. Die Sicherung des Friedens .....	124
2. Der Tierschutz .....	124
3. Die Entwicklung der Europäischen Union .....	124
4. Aus Grundrechten .....	124
5. Die Berücksichtigung der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nach Art. 109 Abs. 2 GG .....	124
<b>§ 14. Die Bundesrepublik als Bundesstaat</b> .....	125
I. Der Bundesstaat als Rechtsbegriff und als politische Form .....	125
1. Begriffliche Abgrenzungen .....	126
2. Das Verhältnis von Demokratie und Bundesstaat .....	127
3. Die Verteilung der politischen Gewichte .....	128

II. Zur Legitimation von Föderalismus und Bundesstaat .....	129
1. Demokratische Dezentralisation und Konsens .....	129
2. Vertikale und horizontale Gewaltenteilung .....	130
3. Minderheitenschutz .....	130
4. Politische und ökonomische Wirkungen eines Wettbewerbsföderalismus ...	130
III. Das Grundgesetz als eine Bundesstaatsverfassung .....	131
1. Die Sicherung der Bundesstaatlichkeit .....	131
2. Die Verteilungsregel der Art. 30 und 70 GG .....	132
3. Formen des Zusammenwirkens .....	132
4. Die Bundestreue .....	132
IV. Die Koordination von Bundesverfassung und Landesverfassungen .....	133
1. Das Homogenitätsprinzip des Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG .....	134
2. Unmittelbar für die Länder geltende Vorschriften des Grundgesetzes .....	135
V. Bundesrecht und Landesrecht .....	135
1. Die Konkurrenzregel des Art. 31 GG .....	136
2. Zum Schicksal von mit Bundesrecht inhaltlich übereinstimmendem Landesrecht .....	136
3. Zur Bindung der Verwaltung an Bundes- und Landesrecht .....	137
VI. Die Kooperation zwischen den Ländern und mit dem Bund .....	137
1. Verträge zwischen den Ländern .....	137
2. Gemeinschaftseinrichtungen von Ländern .....	138
3. Bund-Länder-Gemeinschaftseinrichtungen .....	138
4. Verfassungsrechtliche Grenzen kooperativer Praktiken im Bundesstaat ....	138
VII. Entwicklungsperspektiven .....	139
1. Bundesstaatsverfassung und Föderativverfassung der Europäischen Union .....	139
2. Reform des Bundesstaates .....	139
<b>§ 15. Die kommunalen Gebietskörperschaften in der „gegliederten Demokratie“ .....</b>	<b>140</b>
I. Verwirklichung demokratischer Dezentralisation durch Art. 28 Abs. 2 GG ....	140
1. Demokratische Dezentralisation durch kommunale Selbstverwaltung .....	140
2. Zur dezentralen demokratischen Legitimation .....	141
II. Der Umfang der Selbstverwaltungsgarantie .....	141
1. Institutionelle Garantie und einklagbares Recht .....	141
2. Selbstverwaltung „im Rahmen der Gesetze“ .....	142
III. Zum Anspruch der Kommunen auf Finanzausstattung .....	144
IV. Veränderungen der Selbstverwaltungsgarantie durch das Recht der Euro- päischen Union .....	145

## 4. Abschnitt. Grundrechte, Grundpflichten

### 1. Kapitel. Allgemeine Grundrechtslehren

<b>§ 16. Entwicklung und Rechtsquellen der Grundrechte</b> .....	146
I. Zur Entwicklung des Gedankens unantastbarer Menschenrechte .....	146
1. In Nordamerika .....	146
2. In Frankreich .....	147
3. In Deutschland .....	148
II. Rechtsquellen .....	149
1. Im Grundgesetz .....	150
2. Grundrechte in den Landesverfassungen .....	151
3. Im Völkerrecht .....	152
4. Im Recht der Europäischen Union .....	155
5. Grundrechtsschutz in einer gestuften Rechtsordnung .....	155
<b>§ 17. Inhaltliche Ausgestaltung, Wirkungsmodalitäten und Schutz</b> .....	156
I. Inhaltliche Ausgestaltung .....	156
1. Die Unterscheidung von Freiheits- und Gleichheitsrechten .....	157
2. Die drei klassischen Grundrechtsfunktionen .....	157
II. Institutionelle Garantien – objektive Ordnungen – Schutzpflichten – Organisation und Verfahren .....	159
1. Die institutionellen Garantien .....	160
2. Grundrechte als Elemente einer objektiven (Wert-)Ordnung .....	161
3. Grundrechtliche Schutzpflichten .....	162
4. Grundrechtsschutz durch Organisation und Verfahren .....	164
III. Der Schutz der Grundrechte .....	165
1. Durch Art. 19 Abs. 4 GG .....	165
2. Durch die Verfassungsbeschwerde .....	165
3. Durch die Rechtsordnung, insbesondere durch das Strafrecht .....	165
<b>§ 18. Adressaten und Berechtigte</b> .....	166
I. Adressaten der Grundrechtsbindung .....	166
1. Grundrechtsbindung des Staates bei Ausübung öffentlicher Gewalt .....	166
2. Grundrechtsbindung des Staates beim Handeln in privatrechtlicher Rechtsform .....	167
3. Die Drittwirkung von Grundrechten .....	168
II. Berechtigte .....	171
1. Die Unterscheidung zwischen Menschen- und Bürgerrechten .....	171
2. Juristische Personen als Träger von Grundrechten .....	172
3. Beginn und Ende des Grundrechtsschutzes .....	176
4. Die Grundrechtsmündigkeit Minderjähriger .....	176
III. Geltung der Grundrechte über das deutsche Staatsgebiet hinaus .....	177
1. Im Hinblick auf Deutsche im Ausland .....	178
2. Im Hinblick auf Ausländer im Ausland .....	178

IV. Die Konkurrenz von Grundrechten .....	179
1. Spezialität .....	179
2. Idealkonkurrenz .....	179
3. Zur Schutzbereichsverstärkung .....	180
<b>§ 19. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in den Schutzbereich von Grundrechten .....</b>	<b>180</b>
I. Der Schutzbereich .....	181
1. Verfassungsunmittelbare Begrenzungen des Schutzbereichs .....	181
2. Verfassungssystematische Abgrenzungen des Schutzbereichs .....	181
3. Enge oder weite Auslegung des Schutzbereichs? .....	181
4. Zur Ausgestaltung grundrechtlicher Freiheit durch den Gesetzgeber .....	183
II. Der Eingriff in den Schutzbereich .....	183
1. Die Lehre vom Grundrechtseingriff .....	184
2. Zum Grundrechtseingriff bei informativem Handeln des Staates .....	184
3. Zum Grundrechtseingriff durch Unterlassen .....	186
4. Grundrechtseingriff durch private Dritte? .....	186
III. Die Bestimmung der Grenzen grundrechtlicher Freiheit durch Gesetze .....	186
1. Der Ausgestaltungsvorbehalt .....	186
2. Der Eingriffsvorbehalt .....	187
3. Die Bestimmung der verfassungsimmanenten Schranken von Grund- rechten .....	187
IV. Die Schranken-Schranken .....	189
1. Das Verbot des Einzelfallgesetzes .....	190
2. Das Zitiergebot .....	190
3. Die Wesensgehaltsgarantie .....	191
4. Der Vorbehalt des verhältnismäßigen Gesetzes .....	192
5. Weitere Schranken-Schranken .....	193
V. Verlust und Beschränkung subjektiver Rechtspositionen .....	193
1. Die Verwirkung von Grundrechten .....	193
2. Der Grundrechtsverzicht .....	194
3. Grundrechtsgeltung in Sonderrechtsverhältnissen .....	195
<b>§ 20. Grundpflichten .....</b>	<b>196</b>
I. Grundpflichten in Staatstheorie und Verfassungsgeschichte .....	196
II. Grundpflichten unter dem Grundgesetz .....	198
1. Die Pflicht zur Verfassungstreue .....	198
2. Pflichten zur Erfüllung bestimmter Gemeinschaftsaufgaben .....	199
3. Grundpflichten aus Grundrechten .....	199



## 2. Kapitel. Grundrechte im einzelnen

<b>§ 21. Die Menschenwürde</b> .....	200
I. Historische und philosophische Grundlagen .....	200
II. Begriff und Schutzbereich der Menschenwürdegarantie .....	201
1. Art. 1 Abs. 1 GG als Grundrecht .....	202
2. Die Unschärfe des Begriffs der Menschenwürde .....	202
3. Die Konkretisierung der Menschenwürdegarantie .....	203
4. Menschenwürde und Allgemeines Persönlichkeitsrecht .....	205
III. Eingriffsverbot, Schutzauftrag und Kollisionsproblem .....	207
1. Eingriffsverbot und Schutzauftrag .....	208
2. Das Kollisionsproblem .....	209
<b>§ 22. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)</b> .....	210
I. Die Wechselbezüglichkeit von Freiheit und Bindung .....	210
II. Schutzbereich .....	211
1. Die allgemeine Handlungsfreiheit .....	211
2. Subsidiarität des Art. 2 Abs. 1 GG .....	212
III. Schranken .....	212
1. Die verfassungsmäßige Ordnung .....	212
2. Die Rechte anderer .....	213
3. Das Sittengesetz .....	214
<b>§ 23. Gleichheitsrechte</b> .....	214
I. Inhalt des Gleichheitsgrundsatzes .....	215
1. Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG .....	215
2. Der allgemeine Gleichheitssatz als Staatszielbestimmung .....	218
3. Die speziellen Gleichheitssätze .....	218
II. Adressaten des Gleichheitssatzes .....	221
1. Der Gesetzgeber .....	221
2. Die Gerichtsbarkeit .....	223
3. Die Verwaltung .....	223
4. Zur Frage der Drittwirkung .....	224
III. Wichtige Sachbereiche .....	225
1. Die staatsbürgerliche Gleichheit .....	225
2. Die Steuergerechtigkeit .....	226
3. In der juristischen Methodenlehre .....	226
<b>§ 24. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG)</b> .....	227
I. Das Recht auf Leben .....	227
1. Der Schutzbereich .....	227
2. Schranken .....	228
3. Schutzpflicht .....	229

II. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit .....	229
1. Der Schutzbereich .....	229
2. Schranken .....	230
3. Schutzpflicht .....	230
<b>§ 25. Der Schutz der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2, 104 GG) .....</b>	<b>230</b>
I. Der Schutzbereich .....	230
II. Die Schranken .....	231
1. Die Freiheitsbeschränkung .....	231
2. Die Freiheitsentziehung .....	232
<b>§ 26. Der Schutz der geistigen Freiheit (Art. 4 und Art. 5 GG) .....</b>	<b>234</b>
I. Der Schutz von Glauben und Gewissen .....	234
1. Der Schutzbereich .....	234
2. Schranken .....	237
II. Der Schutz der Meinungs-, Informations-, Presse- und Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) .....	239
1. Der Schutzbereich der Meinungs- und Informationsfreiheit .....	240
2. Der Schutzbereich der Pressefreiheit .....	242
3. Der Schutzbereich der Rundfunkfreiheit .....	243
4. Schranken .....	245
III. Der Schutz der Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 Abs. 3 GG) .....	248
1. Der Schutzbereich .....	248
2. Schranken .....	250
<b>§ 27. Der Schutz der Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit         (Art. 8 und 9 GG) .....</b>	<b>251</b>
I. Der Schutz der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) .....	252
1. Der Schutzbereich .....	252
2. Schranken .....	253
II. Der Schutz der Vereinigungsfreiheit .....	255
1. Schutzbereich .....	255
2. Schranken .....	256
III. Insbesondere die Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) .....	258
1. Schutzbereich .....	258
2. Schranken .....	260
<b>§ 28. Der Schutz der privaten Lebenssphäre (Art. 10 und 13 GG) .....</b>	<b>260</b>
I. Der Schutz des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 GG) .....	260
1. Der Schutzbereich .....	261
2. Schranken .....	262
II. Der Schutz der Wohnung (Art. 13 GG) .....	263
1. Der Schutzbereich .....	263
2. Schranken .....	264

<b>§ 29. Der Schutz der Freizügigkeit (Art. 11 GG)</b> .....	267
I. Der Schutzbereich .....	267
II. Schranken .....	268
<b>§ 30. Der Schutz der Berufsfreiheit (Art. 12 GG)</b> .....	269
I. Der Schutzbereich .....	269
1. Freie Wahl und freie Ausübung des Berufs .....	269
2. Freie Wahl der Berufsausbildung und der Ausbildungsstätte .....	270
3. Freie Wahl des Arbeitsplatzes .....	270
II. Schranken .....	271
1. Der Gesetzesvorbehalt des Art. 12 Abs. 1 S. 2 GG für ein einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit .....	271
2. Die Dreistufentheorie .....	272
3. Zur Geltung des Art. 12 Abs. 1 GG für den öffentlichen Dienst .....	275
III. Arbeitszwang, Zwangsarbeit, Wehrdienst und andere Dienstverpflichtungen ..	275
1. Freiheit von Arbeitszwang und Zwangsarbeit nach Art. 12 Abs. 2 u. 3 GG .....	275
2. Einschränkungen der Freiheit vom Arbeitszwang und der Berufsfreiheit durch Art. 12a und 80a GG .....	276
<b>§ 31. Der Schutz des Eigentums (Art. 14 GG) sowie Mitbestimmung und Sozialisierung (Art. 15 GG)</b> .....	277
I. Grundlagen .....	277
1. Das Privateigentum als Grundlage von Freiheit .....	277
2. Art. 14 Abs. 1 GG als Institutsgarantie und als normgeprägtes Grundrecht .....	277
3. Die Sozialbindung des Eigentums .....	278
II. Art. 14 GG als Grundrecht .....	280
1. Schutzbereich des Art. 14 GG .....	281
2. Insbesondere: Eigentumsschutz gegen die Auferlegung von Geldleistungspflichten .....	283
3. Eigentumseingriffe: Die Unterscheidung zwischen Enteignungen und Inhaltsbestimmungen .....	284
4. Eingriffsrechtfertigung: Zulässigkeit von Enteignungen .....	285
5. Ausgleichsansprüche bei Eigentumseingriffen .....	286
III. Überblick über weitere staatshaftungsrechtliche Institute und Regelungen .....	288
1. Der Aufopferungsanspruch .....	288
2. Der enteignungsgleiche Eingriff .....	289
3. Der enteignende Eingriff in Abgrenzung zur entschädigungspflichtigen Inhaltsbestimmung .....	290
4. Schadensersatz für rechtswidrige und schuldhaftige Schädigungen .....	290
5. Zur Entschädigung für Enteignungen auf dem Gebiet der DDR .....	290
IV. Mitbestimmung und Sozialisierung .....	291
1. Die Arbeitnehmer-Mitbestimmung .....	291
2. Die Sozialisierung nach Art. 15 GG .....	291

<b>§ 32. Der Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG)</b> .....	292
I. Art. 6 Abs. 1 GG als institutionelle Garantie, verbindliche Wertentscheidung und Grundrecht .....	293
1. Der Schutz von Ehe und Familie als institutionelle Garantie und verbindliche Wertentscheidung .....	293
2. Der Schutzbereich des Art. 6 Abs. 1 GG .....	293
3. Schranken .....	295
II. Das elterliche Erziehungsrecht .....	295
1. Erziehungsrecht und -pflicht .....	296
2. Erziehungsrecht und staatliche Schulhoheit .....	297
III. Der Mutterschutz .....	297
IV. Der Verfassungsauftrag zur Gleichstellung nichtehelicher Kinder .....	297
<b>§ 33. Auslieferungsschutz, Asyl- und Zuwanderungsrecht</b> .....	298
I. Auslieferungsschutz .....	298
II. Das Asylrecht .....	298
1. Völkerrechtliche Vorgaben durch die Genfer Flüchtlingskonvention .....	299
2. Das Asylrecht nach Art. 16a GG .....	299
3. Die Harmonisierung des Asylrechts in der Europäischen Union .....	300
III. Einwanderung und Integration von Ausländern .....	301
1. Das Zuwanderungsgesetz .....	301
2. Einwanderungsbezogene Politik der Europäischen Union .....	301
<b>§ 34. Das Petitionsrecht</b> .....	302
I. Funktionen im demokratischen Staat .....	302
II. Die durch Art. 17 GG gewährten Rechte .....	303
1. Schutzbereich .....	303
2. Schranken .....	303
3. Entscheidungskompetenz .....	304
III. Das Verfahren im Petitionsausschuß .....	304

## 5. Abschnitt. Wirtschafts- und Kulturverfassung

<b>§ 35. Die Wirtschaftsverfassung</b> .....	305
I. Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes .....	305
1. Wirtschaftspolitische Grundentscheidungen .....	305
2. Staatliche Wirtschaftstätigkeit .....	306
3. Privatisierung von Staatsaufgaben und staatliche Verantwortung .....	307
II. Die Systementscheidung des EGV für eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb .....	308
III. Einbindung in die Weltwirtschaftsordnung .....	309

<b>§ 36. Die Kulturverfassung</b> .....	309
I. Der grundgesetzliche Rahmen für eine Kulturverfassung .....	309
II. Der Kulturföderalismus .....	310
III. Schulen .....	312
1. Die Aufsicht des Staates über das Schulwesen .....	312
2. Schulpflicht .....	313
3. Der Religions- und Ethikunterricht an öffentlichen Schulen .....	314
4. Das Angebot staatlicher Schultypen .....	315
5. Die Privatschulfreiheit .....	315
6. Vorschulen .....	316
7. Gesamtschulen .....	316
IV. Hochschulen .....	317
1. Gesetzgebungskompetenzen .....	317
2. Art. 5 Abs. 3 GG als Vorgabe für die Organisation und Ausstattung des Hochschulwesens .....	317
3. Private Hochschulen .....	318
V. Die Begrenzung der freien Wahl der Ausbildungsstätte durch einen numerus clausus .....	318
<b>§ 37. Staatskirchenrecht</b> .....	319
I. Grundsätzliches zum Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften .....	320
1. Staatskirchenrecht oder Religionsverfassungsrecht? .....	320
2. Trennung von Staat und Kirche .....	320
3. Ausschluß einer Staatskirche .....	321
II. Die religiöse Vereinigungsfreiheit .....	321
1. Vereinigungsfreiheit und Selbstverwaltungsrecht .....	321
2. Körperschaftsstatus der Religionsgemeinschaften .....	322
III. Der Schutz von Sonn- und Feiertagen .....	323
IV. Die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates .....	323
1. Im Bereich der Schule .....	324
2. Der Grundsatz der Parität und der gesellschaftlichen Repräsentanz .....	325
V. Konkordate und Kirchenverträge .....	326

## 6. Abschnitt. Staatsorgane des Bundes

<b>§ 38. Der Bundestag</b> .....	327
I. Rechtsstellung und politische Funktion des Bundestags im allgemeinen .....	327
II. Die Zuständigkeiten des Bundestages im einzelnen .....	328
1. Im Gesetzgebungsverfahren .....	328
2. Bei der Bestellung von Bundesorganen .....	328
3. Feststellung des Haushaltsplans .....	329
4. Politische Gestaltung und Kontrolle .....	329

III. Bildung, Auflösung und innere Ordnung des Bundestages .....	331
1. Wahlperiode und Auflösung .....	332
2. Innere Ordnung .....	333
3. Die Untergliederungen des Bundestages .....	334
4. Die Verhandlungen des Bundestages .....	338
IV. Die Rechtsstellung der Abgeordneten .....	339
1. Die auftragsfreie Repräsentation .....	339
2. Die politischen Teilhaberechte .....	340
3. Immunität und Indemnität .....	341
4. Weitere Rechte der Abgeordneten .....	342
5. Das Organstreitverfahren .....	343
6. Die Beendigung des Abgeordnetenmandats .....	343
<b>§ 39. Die Bundestagswahlen</b> .....	344
I. Wahlrechtsgrundsätze, Wahlsystem .....	344
1. Die Wahlrechtsgrundsätze .....	344
2. Die Unterschiede zwischen einem Mehrheits- und Verhältniswahl- system .....	346
3. Keine Festlegung des Grundgesetzes auf das System der Mehrheits- oder Verhältniswahl .....	347
II. Die Ausgestaltung der Bundestagswahl nach geltendem Recht .....	348
1. Die personalisierte Verhältniswahl .....	348
2. Die Sperrklausel .....	349
3. Die Grundmandatsklausel .....	350
4. Die Wahlberechtigung .....	350
5. Exkurs zur Statthaftigkeit eines Kinder- bzw. Familienwahlrechts .....	350
6. Die Wahlprüfung .....	351
<b>§ 40. Der Bundesrat</b> .....	352
I. Rechtsstellung und politische Funktion des Bundesrates im bundesstaatlichen Gefüge .....	352
II. Zusammensetzung und innere Ordnung des Bundesrates .....	353
1. Zusammensetzung und Stimmenverteilung .....	353
2. Die Stimmabgabe .....	354
3. Inkompatibilität zwischen Abgeordnetenmandat im Bundestag und Mit- gliedschaft im Bundesrat .....	354
4. Recht zur Selbstorganisation .....	355
5. Die Europakammer des Bundesrates .....	355
III. Die Rechte und Zuständigkeiten des Bundesrates im einzelnen .....	355
1. Teilnahme- und Informationsrechte .....	355
2. Mitwirkung an der Gesetzgebung .....	355
3. Mitwirkungsrechte im Bereich der Exekutive .....	356
4. Weitere Mitwirkungs- und Kontrollrechte .....	356

<b>§ 41. Der Bundespräsident</b> .....	356
I. Grundsätzliche Rechtsstellung und politische Funktion des Bundespräsidenten .....	356
II. Wahl und Amtsführung des Bundespräsidenten .....	357
1. Die Wahl .....	358
2. Inkompatibilität und Verhinderung in der Amtsausübung .....	358
3. Die Präsidentenanklage .....	359
III. Die Funktionen des Präsidenten im einzelnen .....	359
1. Entpolitisierung durch Gegenzeichnung .....	359
2. Die einzelnen Aufgaben .....	360
<b>§ 42. Die Bundesregierung</b> .....	362
I. Aufgaben und Zuständigkeiten .....	362
1. Staatsleitung .....	362
2. Aufgaben der Bundesregierung im Bereich von Rechtsetzung und Verwaltung .....	363
3. Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung .....	363
4. Die Organisationsgewalt .....	364
5. Zur Statthaftigkeit eines ministerialfreien Raumes .....	365
II. Das Verhältnis zum Bundestag .....	365
III. Bildung, Umbildung und Auflösung der Bundesregierung .....	366
1. Der Bundeskanzler .....	367
2. Die Bundesminister .....	369
3. Das öffentlich-rechtliche Amtsverhältnis .....	369
4. Keine Inkompatibilität zwischen Abgeordnetenmandat und Regierungsmitgliedschaft .....	370
5. Die Staatssekretäre .....	370
IV. Das Zusammenwirken in der Bundesregierung .....	370
1. Die Regelung des Art. 65 GG .....	370
2. Die besondere Stellung einzelner Kabinettsmitglieder .....	372
<b>§ 43. Die Gerichtsbarkeit im Bund</b> .....	372
I. Rechtsstellung und rechtsstaatliche Funktion der Gerichtsbarkeit .....	372
1. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern .....	373
2. Anforderungen an die Gerichtsbarkeit .....	373
II. Übersicht über die Gerichtsbarkeit in der Bundesrepublik .....	374
1. Die horizontale Gliederung .....	374
2. Die vertikale Gliederung .....	375
III. Das Bundesverfassungsgericht und die obersten Bundesgerichte .....	375
IV. Selbstverwaltung der Gerichtsbarkeit .....	376
V. Die Rechtsstellung der Richter .....	377
1. Berufsrichter und ehrenamtliche Richter .....	377
2. Die richterliche Unabhängigkeit .....	377

<b>§ 44. Der öffentliche Dienst</b> .....	379
I. Begriff des öffentlichen Dienstes, Arten der Dienstverhältnisse .....	379
1. Unterschiedliche Ausgestaltung der Dienstverhältnisse .....	379
2. Unterschiedliche Dienstherren .....	380
II. Das Berufsbeamtentum .....	381
1. Die Tradition des Berufsbeamtentums .....	381
2. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums .....	381
3. Das Leistungsprinzip .....	383
4. Die Inkompatibilität .....	384
III. Die Amtshaftung .....	384
1. Gründe für den Wandel des Amtshaftungsrechts .....	384
2. Rechtsstaat und Grundrechte als Bezugspunkte des Amtshaftungsrechts ....	385
3. Ansprüche aus Art. 34 GG i. V.m. § 839 BGB .....	385
4. Zur Reform des Staatshaftungsrechts .....	388
5. Der gemeinschaftsrechtliche Staatshaftungsanspruch .....	388

### 7. Abschnitt. Funktionen und Aufgaben des Bundes

<b>§ 45. Die Gesetzgebung</b> .....	390
I. Begriff und Gegenstand der Gesetzgebung .....	390
II. Die Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Ländern .....	391
1. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen .....	392
2. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes .....	397
3. Gewohnheitsrecht auf der Ebene des Bundes und der Länder .....	398
III. Das Gesetzgebungsverfahren .....	398
1. Der Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens .....	398
2. Die Zustimmungspflichtigkeit von Gesetzen .....	404
3. Besondere Regelungen des Gesetzgebungsverfahrens .....	405
IV. Materielle Verfassungsbindungen der Bundesgesetzgebung .....	406
V. Rechtsverordnungen .....	407
1. Die Voraussetzungen des Art. 80 Abs. 1 GG .....	407
2. Die Adressaten einer Verordnungsermächtigung .....	409
3. Einflußmöglichkeiten von Bundesrat und Bundestag auf Rechtsverordnungen .....	409
4. Art. 80 GG als Ausprägung des demokratischen Rechtsstaates .....	410
5. Zur Fortgeltung von Rechtsverordnungen nach Aufhebung der ermächtigenden Normen .....	410
VI. Autonome Rechtsetzung .....	411
1. Die Satzungsautonomie .....	411
2. Die Grenzen der Satzungsautonomie .....	411



VII. Überleitungen von Recht .....	412
1. Vorkonstitutionelles Recht .....	412
2. Das Recht der ehemaligen DDR .....	412
3. Überleitungsfragen bei der Verschiebung von Gesetzgebungskompetenzen .....	413
4. Die Überleitung von Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen .....	413
<b>§ 46. Die Verwaltung .....</b>	<b>414</b>
I. Begriff der Verwaltung .....	414
II. Die geteilte Verwaltung im Bundesstaat .....	415
1. Zum Verwaltungsföderalismus .....	415
2. Einheitswahrung und Aufsicht .....	415
III. Insbesondere das Schema der Kompetenzverteilung .....	416
1. Die allgemeine Verteilung der Verwaltungskompetenzen .....	416
2. Keine Flucht in das Privatrecht zur Durchbrechung der Kompetenzordnung .....	417
3. Die vier Typen von Verwaltungskompetenzen .....	417
IV. Der Vollzug von Bundesgesetzen durch den Bund .....	418
1. Der Bereich der bundeseigenen Verwaltung .....	418
2. Die unmittelbare Bundesverwaltung .....	419
3. Die mittelbare Bundesverwaltung .....	420
V. Der Vollzug von Bundesgesetzen durch die Länder als eigene Angelegenheit .....	420
1. Die Einrichtung der Behörden und die Regelung des Verwaltungsvorfahrens als prinzipielle Ländersache .....	420
2. Beschränkung auf Rechtsaufsicht .....	421
3. Zum Erlaß von Verwaltungsvorschriften .....	421
VI. Der Vollzug von Bundesgesetzen in Auftragsverwaltung der Länder .....	421
1. Voraussetzungen .....	422
2. Die Einrichtung der Behörden und die Regelung des Verwaltungsvorfahrens .....	422
3. Landesverwaltung nach Weisung .....	422
VII. Mischverwaltung, Gemeinschaftseinrichtungen der Länder .....	423
1. Zum Verbot der Mischverwaltung .....	423
2. Die Gemeinschaftseinrichtungen .....	424
VIII. Verwaltungsabkommen .....	424
1. Mit auswärtigen Staaten .....	424
2. Im innerstaatlichen Bereich .....	425
IX. Vorgaben des Grundgesetzes für das Verwaltungsverfahren .....	425
1. Grundrechtsschutz durch Verfahren .....	426
2. Rechtsstaatliche Verfahrensgrundsätze .....	426
3. Publizität, Partizipation und Akzeptanz .....	426

X. Planung zwischen Regierung, Verwaltung und Gesetzgebung .....	427
1. Funktion und Begriff der Planung .....	427
2. Politische Planungen .....	428
<b>§ 47. Die Rechtsprechung</b> .....	429
I. Die Rechtsprechung im System der staatlichen Gewalten .....	429
1. Grundsätzliche Abgrenzungen .....	429
2. Zu Überschneidungen in Randbereichen .....	430
3. Die Durchsetzung des Rechtsstaates durch die rechtsprechende Gewalt .....	431
II. Rechtsgewährleistungen im Bereich der Rechtsprechung („justitielle Grundrechte“) .....	431
1. Verbot von Ausnahmegerichten und Garantie des gesetzlichen Richters .....	432
2. Der Anspruch auf rechtliches Gehör .....	433
3. Der Anspruch auf ein faires Verfahren .....	434
4. Der Grundsatz „nulla poena sine lege“ .....	434
5. Verbot der Mehrfachbestrafung .....	436
6. Verbot der Todesstrafe .....	436
<b>§ 48. Das Bundesverfassungsgericht</b> .....	436
I. Rechtsstellung und Organisation .....	437
1. Das Bundesverfassungsgericht als Verfassungs- und als Rechtsprechungsorgan .....	437
2. Organisation .....	438
3. Die Richterwahl und Amtszeit .....	438
II. Innergerichtliche Zuständigkeitsverteilung, Verfahrensgrundsätze, Verbindlichkeit der Entscheidungen .....	439
1. Die innergerichtliche Zuständigkeitsverteilung .....	439
2. Die Verfahrensgrundsätze .....	439
3. Die Bindungswirkung der Entscheidungen .....	440
III. Die Verfassungsrechtsprechung im System der staatlichen Gewalten .....	441
1. Das Verfassungsgericht als Hüter der Verfassung .....	442
2. Die Aufgabe der Konkretisierung und der Fortbildung des Verfassungsrechts .....	443
3. Die Frage der Kontrollkompetenz und der Kontrolldichte .....	443
IV. Bundes- und Landeszuständigkeiten in der Verfassungsgerichtsbarkeit .....	447
1. Die grundsätzliche Abgrenzung .....	447
2. Entscheidungen von Landesverfassungsstreitigkeiten durch das Bundesverfassungsgericht .....	448
3. Zur Bindung der Landesverfassungsgerichte an die Auslegung des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht .....	448
V. Bundesverfassungsgericht und europäische (Verfassungs-)Gerichtsbarkeit .....	449
1. Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof .....	449
2. Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte .....	449

<b>§ 49. Die verfassungsgerichtlichen Verfahrensarten</b> .....	449
I. Organstreitigkeiten .....	449
1. Die Antragsteller und Antragsgegner (Beteiligungsfähigkeit) .....	449
2. Der Antragsgegenstand .....	450
3. Die Antragsbefugnis .....	450
4. Die Antragsfrist .....	451
5. Rechtsschutzbedürfnis .....	451
6. Die Entscheidung .....	451
II. Föderale Streitigkeiten .....	451
1. Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG .....	451
2. Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG .....	452
3. Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2a i. V.m. Art. 72 Abs. 2 GG .....	452
III. Normenkontrollverfahren und weitere Normprüfungsverfahren .....	453
1. Die inzidente („konkrete“) Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG .....	454
2. Die abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG .....	456
3. Fragen des Prüfungsmaßstabes .....	457
4. Entscheidungsinhalt und -wirkungen .....	458
5. Weitere Normprüfungsverfahren .....	459
IV. Verfassungsbeschwerden .....	459
1. Die Individualverfassungsbeschwerde .....	460
2. Die Kommunalverfassungsbeschwerde .....	464
V. Wahl- und Mandatsprüfungen .....	464
VI. Verfahren zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung .....	465
1. Die Präsidentenanklage .....	465
2. Die Richteranklage .....	465
3. Das Parteiverbotsverfahren .....	465
4. Die Verwirkung von Grundrechten .....	466
VII. Vorläufiger Rechtsschutz durch einstweilige Anordnung .....	466
1. Die Zulässigkeit eines Antrags auf einstweilige Anordnung .....	466
2. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung .....	467
<b>§ 50. Die Finanzverfassung</b> .....	467
I. Aufgaben der Finanzverfassung .....	467
1. Bedeutung der Finanzverfassung .....	467
2. Gegenstand der Finanzverfassung .....	468
II. Die Einnahmen der öffentlichen Hand .....	468
1. Steuern .....	469
2. Die nichtsteuerlichen Abgaben .....	471
III. Die Ertragsverteilung zwischen EU, Bund und Ländern .....	474
1. Zur Bedeutung der Ertragsverteilung .....	474
2. Die primäre Ertragsverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten .....	474

3. Instrumente eines europaweiten Ausgleichs finanzieller Ressourcen .....	475
4. Die vertikale Ertragsverteilung zwischen Bund und Ländern .....	475
5. Die primäre horizontale Ertragsverteilung unter den Ländern .....	476
6. Der Länderfinanzausgleich .....	476
7. Finanzausstattung der Gemeinden und kommunaler Finanzausgleich .....	478
IV. Die Verteilung der Zuständigkeiten für die Steuergesetzgebung .....	478
1. Die Gemeinschaftskompetenz für den Gemeinsamen Zolltarif .....	478
2. Steuergesetzgebungskompetenzen des Bundes .....	478
3. Steuergesetzgebungskompetenzen der Länder .....	479
4. Kein Steuerfindungsrecht der Kommunen .....	479
V. Die Finanzverwaltung .....	480
1. Keine europäische Finanzverwaltung .....	480
2. Die Zuständigkeit von Bundes- und Landesfinanzbehörden .....	480
3. Die Haftung im Bund-Länder-Verhältnis .....	481
VI. Die Verteilung der Ausgabenlast: Das Konnexitätsprinzip .....	482
1. Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Ländern .....	482
2. Konnexitätsprinzip zwischen Land und Kommunen? .....	483
VII. Haushalts- und Rechnungswesen .....	483
1. Die Bedeutung und Grundstruktur des Haushaltsrechts .....	483
2. Das Haushaltsrecht des Bundes .....	484
3. Das Haushaltsrecht der Europäischen Union .....	486
4. Defizite des überkommenen Haushaltsrechts und Reformansätze .....	486
5. Rechnungslegung und Rechnungskontrolle .....	488

## 8. Abschnitt. Schutz des Staates und der Verfassung

§ 51. Die Wehrverfassung .....	489
I. Entstehung und Entwicklung der Wehrverfassung im Kontext der Außenpolitik .....	489
II. Der Auftrag der Bundeswehr .....	490
1. Der Verfassungsvorbehalt für den Einsatz der Streitkräfte .....	490
2. Der Parlamentsvorbehalt für den Einsatz der Streitkräfte .....	492
III. Die Grundpflichten und Grundrechte im Wehrrecht .....	492
1. Die Wehrpflicht .....	493
2. Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung .....	493
3. Zur Einschränkung von Grundrechten im Wehrdienstverhältnis .....	494
IV. Die Organisation des Wehrwesens nach dem Grundgesetz .....	495
1. Die Befehls- und Kommandogewalt .....	495
2. Die Kontrolle des Parlaments .....	496
3. Die begrenzte Kompetenz der Länder .....	497
4. Die Gerichtsbarkeit in Wehrsachen .....	497

<b>§ 52. Ausnahmezustand und Notstandsrecht</b> .....	498
I. Das Problem des Ausnahmezustandes .....	498
II. Arten von Ausnahmezuständen .....	499
1. Verteidigungsfall .....	499
2. Spannungsfall .....	500
3. Zustimmungsfall .....	500
4. Bündnisfall .....	500
5. Gesetzgebungsnotstand .....	500
III. Die Notstandsregelungen des Grundgesetzes .....	500
1. Rechtsfolgen des Verteidigungsfalls .....	501
2. Das Notstandsrecht im Verteidigungs-, Spannungs-, Zustimmungs- und Bündnisfall .....	501
3. Katastrophenschutz und Abwehr von Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung .....	502
4. Einschränkung von Grundrechten .....	503
<b>§ 53. Der Verfassungs- und Staatsschutz</b> .....	503
I. Staatsschutz und Verfassungsschutz .....	503
1. Gefährdungen des Staates und seiner Verfassung .....	503
2. Regelungen des Verfassungsschutzes und wehrhafte Demokratie .....	504
II. Der Verfassungsschutz im engeren Sinn .....	505
1. Der verfassungsgerichtliche Verfassungsschutz .....	505
2. Der strafrechtliche Verfassungsschutz .....	505
3. Der verwaltungsmäßige Verfassungsschutz .....	506
III. Das Widerstandsrecht .....	507

## 9. Abschnitt. Die Bundesrepublik in der Völkergemeinschaft

<b>§ 54. Die Bundesrepublik in der Ordnung des Völkerrechts</b> .....	508
I. Allgemeines Völkerrecht als Bestandteil des Bundesrechts nach Art. 25 GG ...	508
1. Der Streit zwischen dualistischer Theorie und der Lehre vom Primat des Völkerrechts .....	508
2. Die Regelung des Grundgesetzes .....	509
II. Das Verbot der Aggression .....	509
III. Völkerrechtliche Verträge des Bundes und der Länder .....	510
1. Die Verteilung der Abschlußkompetenzen .....	511
2. Das Verfahren des Vertragsschlusses .....	512
IV. Parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Gewalt .....	515
V. Völkerrechtliche Aspekte der Vereinigung Deutschlands .....	516

<b>§ 55. Die Bundesrepublik in Staatengemeinschaften</b> .....	516
I. Die Entscheidung des Grundgesetzes für internationale Zusammenarbeit und für supranationale Integration .....	516
1. Die Übertragung von Hoheitsrechten .....	517
2. Die Voraussetzungen für die europäische Integration .....	518
3. Grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit und die Übertragung von Hoheitsrechten auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen .....	519
II. Großräumige Zusammenschlüsse .....	520
1. Die Vereinten Nationen .....	520
2. Die NATO .....	520
3. Die WTO .....	521
III. Der Europarat .....	521
<b>§ 56. Die Europäische Union</b> .....	522
I. Vertragliche Grundlagen der Europäischen Union .....	522
1. Die Gründungsverträge .....	522
2. Vertragsrevisionen der Gründungsverträge .....	523
3. Gegenwärtige Vertragsstruktur der Europäischen Union .....	524
II. Entwicklungsperspektiven und „Finalität“ der Europäischen Integration .....	525
1. Die Europäische Union als zentrale europäische Integrationsgemeinschaft .....	525
2. „Finalität“ der Europäischen Integration .....	526
3. Der Verfassungskonvent und der Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union .....	527
III. Die Organe der Europäischen Union und der Gemeinschaften .....	528
1. Der Rat der Europäischen Union .....	528
2. Die Kommission sowie die Agenturen und Ausschüsse .....	528
3. Das Europäische Parlament .....	529
4. Die Europäische Gerichtsbarkeit .....	529
5. Weitere Organe .....	530
IV. Die Europäische Union als demokratische Institution .....	531
1. Die demokratische Legitimation der Institutionen der Europäischen Union .....	531
2. Strategien zur Verbesserung der demokratischen Bilanz der Europäischen Union .....	533
V. Grundrechtsschutz und rechtsstaatliche Strukturen .....	533
1. Ausbau des Grundrechtsschutzes .....	533
2. Gewährleistungen der EU-Grundrechte-Charta .....	534
3. Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze .....	535
VI. Sozialstaatliche Elemente .....	536
VII. Die Ausgestaltung eines mehrstufigen Föderalismus .....	537
1. Das Prinzip der Einzelermächtigung .....	537
2. Das Subsidiaritätsprinzip .....	538
3. Die Integration der deutschen bundesstaatlichen Ordnung in die Europäische Union .....	539

VIII. Unionsrecht und genuin deutsches Recht .....	541
1. Innerstaatliche Verbindlichkeit des Europäischen Unionsrechts .....	541
2. Die gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung .....	542
3. Der Anwendungsvorrang von Unionsrecht .....	542
4. Zur Verfassungsbindung der Staatsorgane bei der Mitwirkung an Rechtsakten der EU .....	543

### Anhang

§ 57. Literatur .....	545
I. Zum geltenden Staatsrecht .....	545
II. Historische und staatstheoretische Grundlagen .....	548
III. Fallsammlungen und Repetitorien .....	551
Sachverzeichnis .....	553

